

# Linke Liste Wiesbaden



**EXTRA:**

**Niemöller Jam**

## Linke Liste im Rathaus in Aktion

**Wir dokumentieren hier einige Aktivitäten der Linken Liste im Zusammenhang mit bildungs-, schul- und jugendpolitischen Themen; nähere Infos am Stand.**

### Kein Eigenanteil von Eltern oder Schüler/innen an der Schülerbeförderung

In der Stadtverordnetenversammlung fand im Februar 2005 der Antrag der Linken Liste Wiesbaden eine Mehrheit, wonach die Landeshauptstadt im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen 2006/2007 darauf verzichtet, einen von den Eltern oder der Schülerin oder dem Schüler selbst zu tragenden Eigenanteil an den Kosten der Schülerbeförderung zu erheben. Den Antrag unterstützten SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie die „Republikaner“. CDU und FDP stimmten, soweit sie im Sitzungssaal anwesend waren, gegen den Antrag. Ideologische Scheuklappen verhinderten ein deutlicheres Signal des Stadtparlaments für eine familienfreundliche Stadtpolitik.

### Teilerfolg: Gebühren für Nutzung der Stadtbücherei ausgesetzt

Als einen vorläufigen Erfolg wertete die Fraktion Linke Liste, dass die Stadtverordneten in ihrer Sitzung im Juni 2004 die von der grünen Dezernentin vorgeschlagene Einführung einer Bibliotheksgebühr von der Tagesordnung nahmen und somit vorläufig verhindert wurde, dass der Besuch in der Stadtbücherei mit einem jährlichen Entgelt von 10 Euro bestraft wird.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen 2004/2005 hatten die Verantwortlichen im Rathaus diese weitere Möglichkeit eronnen, den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Es handelte sich jedoch bei dieser Entscheidung nur um einen Aufschub:

Mittlerweile gilt diese Regelung für Erwachsene. Bringen soll das Ganze der Stadt im Jahr etwa 200.000 Euro. Nicht nur, dass zur Durchführung eine gewaltige Menge an bürokratischem Aufwand zu leisten ist (Datenerfassung, entsprechende Ausweise, Kontrollmaßnahmen etc.): Die schlimmste Konsequenz, und dies gerade nicht nur unter finanziellen Aspekten: Es werden weniger Menschen das Angebot der Stadtbücherei nutzen, weil damit ihr Geldbeutel belastet wird! Folge: Geringere Einnahmen als erwartet, gleichzeitig eine Verringerung des Bildungsniveaus bei Erwachsenen. Im Hinblick auf Pisa und ähnliche Studien ist dies schlicht unverantwortlich. Bleibt nur der deutliche Hinweis: Menschen unter 18 Jahren, also z.B. Söhne und Töchter, zahlen (noch) nichts, wenn sie die Bücher holen!

### Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen

**In ihrer Sitzung im Juli 2003 „erledigte“ die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der CDU den folgenden Antrag der Linken Liste ohne Abstimmung:** Der Magistrat wird beauftragt, bis zum 1. September 2003 praktikable Verfahrensgrundsätze vorzulegen, die die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Februar 2001 zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen der Landeshauptstadt Wiesbaden im Sinne des § 8 c HGO (Hessische Gemeinde-Ordnung) und der im Hinblick darauf vorgenommenen Veränderungen der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung gewährleisten.

Die Verfahrensgrundsätze sollen sich beziehen auf

- die Beteiligung von Kinder- und Jugendinitiativen im Rahmen von Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen und
- die Möglichkeit der fachkundigen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die sich mit Anfragen oder Vorschlägen an die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und/oder die Verwaltung wenden wollen.

## Für IOC-Sportfunktionäre hat der Magistrat Geld – Jugendleiter gehen leer aus

Da hat die CDU-FDP-Hirzel-Mehrheit wieder einmal gezeigt, wie weit Wort und Tat auseinanderklaffen. Ein Antrag der Linken Liste Wiesbaden zur Stadtverordnetenversammlung im November 2002, wonach auch in Wiesbaden ehrenamtlich tätige Jugendleiter/innen (z.B. aus Sportvereinen), die im Besitz der vor Jahren bundesweit eingeführten Jugendleitercard sind, Vergünstigungen im bescheidenen Umfang von 50 € pro Jahr erhalten sollten, wurde abgelehnt.

Die LiLi wollte, dass dafür 10.000 € jährlich in den Haushalt 2004/2005 eingestellt werden und Oberbürgermeister Diehl Vorschläge unterbreitet, bei welchen städtischen Einrichtungen und Veranstaltungen die 50 € eingelöst werden können. Hartmut Bohrer, Stadtverordneter der LiLi, unterstrich in seinem Redebeitrag Chance und Notwendigkeit der konkreten Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeit, insbesondere bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Der Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadtverordnetenversammlung, Herr Weinert (CDU), befand in seinem Redebeitrag, dass der Vorschlag „aus der Mülltonne“ geholt sei. Jetzt wissen wir wenigstens, wie die CDU die tatsächliche Förderung ehrenamtlichen Engagement einschätzt: als Müll.

In der selben Sitzung genehmigte die Mehrheit nachträglich – die Veranstaltung fand bereits im August 2002 statt – Mittel für ein „IOC-Forum“ in Höhe von 67.500 €. Für 400 Olympia-Sportfunktionäre wurden pro Kopf an einem einzigen Abend (einschl. Weinpräsent) über 150 € ausgegeben. Dass für den Empfang von IOC-Funktionären an einem Abend mehr Geld ausgegeben werden darf, als man für sechs Jahre für eine kleine Anerkennung der ehrenamtlichen Jugendleiterarbeit bräuchte, wirft ein eindeutiges und bezeichnendes Licht auf diese „Volksvertreter/innen“.

## Kommunale Aktivitäten gegen den Irak-Krieg

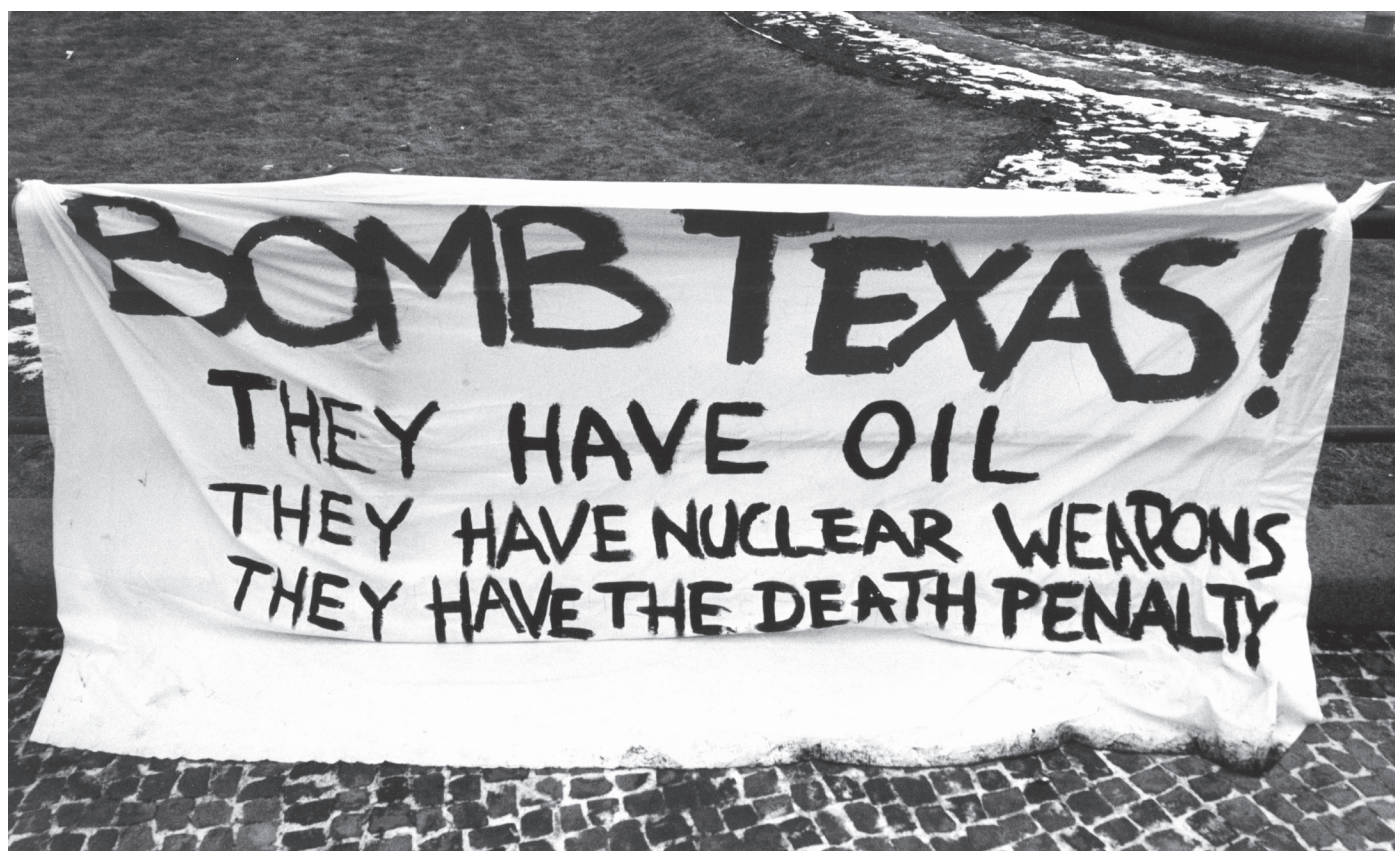
**Den folgenden Antrag stellte die Fraktion Linke Liste in der Sitzung des Stadtparlamentes im Februar 2003. Die Mehrheit von CDU, FDP und dem Stadtverordneten Hirzel lehnte es ab, zum drohenden Krieg gegen den Irak im Stadtparlament Position zu beziehen.**

*Die Stadtverordnetenversammlung hält die Beteiligung an einem Angriffskrieg für völkerrechtswidrig und unterstützt voll und ganz das in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verankerte Verbot der Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges.*

*Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Prignitzer Appell von kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern gegen die Vorbereitung eines Krieges durch die USA und ihre Verbündeten gegen den Irak.*

*Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sowie politischen und gewerkschaftlichen Gruppen in unserer Stadt gegen den geplanten Krieg. Besondere Beachtung verdienen dabei auch Erklärungen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften wie z.B. die gemeinsame Anti-Kriegserklärung von katholischen, evangelischen und muslimischen Gemeindevertreter/innen in den AKK-Stadtteilen. Sollte es zu einem Angriffskrieg seitens der USA (und möglicher anderer Staaten) kommen, so protestiert die Landeshauptstadt Wiesbaden u.a. damit, dass bis auf weiteres Vertreter/innen der Landeshauptstadt Wiesbaden an Empfangen US-amerikanischer staatlicher Einrichtungen (z.B. der US Army oder US Airforce) nicht mehr teilnehmen werden.*

*Sollte es in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu Demonstrationen, Mahnveranstaltungen (z.B. „Mahnminuten“), Streiks, Kundgebungen usw. gegen den (geplanten) Angriffskrieg kommen, werden sich Magistrat und Fachämter der Landeshauptstadt Wiesbaden demokratischen Aktivitäten gegenüber wohlwollend bzw. unterstützend verhalten. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert hiermit an die*



anderen öffentlichen Einrichtungen wie Polizei, Schulverwaltung etc. sich entsprechend zu verhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung ruft die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden auf, sich an Aktivitäten gegen den Krieg (wie z.B. der bundesweiten Demonstration am 15. Februar 2003 in der Bundeshauptstadt Berlin) zu beteiligen.

## 16.02.2005: Linke Liste Wiesbaden: Not welcome Mr. Bush

Zu einer Demonstration gegen den Besuch von G.W. Bush in Wiesbaden und Mainz ruft das Wiesbadener Bündnis „Not welcome, Mr. Bush!“ für Dienstag, 22. Februar 2005, 17.30 Uhr, auf. Nach der Auftaktkundgebung auf dem Luisenplatz wird der Demonstrationszug über die Fußgängerzone zur Hessischen Staatskanzlei führen, wo eine kurze Zwischenkundgebung geplant ist. Abschluss der Demonstration ist am Platz der Deutschen Einheit.

Im Rahmen der Auftaktkundgebung wird u.a. der Stadtverordnete der Linken Liste, Hartmut Bohrer sprechen. Die Linke Liste Wiesbaden arbeitet mit im Wiesbadener Friedensbündnis und unterstützt das Bündnis „Not welcome, Mr. Bush!“ Um für die Teilnahme an den Kundgebungen in Wiesbaden und Mainz zu mobilisieren, hat die Fraktion Linke Liste ein Extrablatt veröffentlicht, in dem sie ihre verschiedenen parlamentarischen Aktivitäten gegen die Auswirkungen der US-Kriegspolitik unter Präsident Bush auch auf unsere Stadt darstellt.

Das Wiesbadener Bündnis „Not welcome, Mr. Bush!“ ruft zur Teilnahme an der großen Mainzer Demonstration gegen den Bush-Besuch auf, die am 23. Februar ab Mittag in der Mainzer Innenstadt stattfinden wird.

Presse-Mitteilung der Fraktion Linke Liste vom 16. Februar 2005

## 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus

### Folgenden Antrag stellte die Linke Liste im Mai 2005:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden, als Stadt des Friedens, der Demokratie, des Antifaschismus und der Völkerverständigung begehrt den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus und als Tag, der das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa besiegelte.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die vielfältigen Veranstaltungen, die der Bedeutung dieses Tages für die Menschen in unserer Stadt, in Deutschland, in Europa und in der Welt Rechnung tragen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt Projekte, die insbesondere junge Menschen anregen, sich mit neonazistischem, rassistischem, antisemitischen und antidemokratischem Gedankengut auseinander zu setzen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird auch künftig ihren Beitrag dazu leisten, dass der alle Konfessionen, Nationalitäten und antifaschistischen Parteien umfassende Schwur von Buchenwald „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ gemeinsame Handlungsgrundlage ist.

Vertreter der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützten die Annahme des Antrages der LiLi und betonten in ihren Redebeiträgen, dass der 8. Mai auch für sie einen Tag der Befreiung darstellt.

Weder CDU noch FDP nahmen an der Aussprache zum Antrag der LiLi teil. Sie setzten sich damit auch nicht mit der von den „Republikanern“ vorgetragenen These auseinander, dass die Deutschen mindestens genauso wie andere Völker Opfer des Krieges, insbesondere in der Nachkriegszeit, waren. Das von dieser rechtsextremen Partei sattsam bekannte Vertauschen von Ursache und Wirkung bei der Beurteilung historischer Ereignisse fand keinen Widerspruch bei CDU und FDP.

Leider fand der Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden keine Mehrheit. Die CDU beantragte, der Antrag der LiLi habe sich durch Aussprache erledigt. Dem stimmten die Stadtverordneten von CDU, FDP und Rep zu.

**Beschämende Konsequenz: Im Stadtparlament der Landeshauptstadt Hessens wurde mittels eines Geschäftsordnungsantrages eine Würdigung des 8. Mai 1945 verhindert.**



## Erhalt des ESWE-Bades

### Folgenden Antrag stellte die Fraktion Linke Liste schon in der Sitzung im März 2004:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass seitens ESWE keine Maßnahmen ergriffen werden, die einem Weiterbetrieb des ESWE-Bades über den 31. Dezember 2004 hinaus entgegenstehen.

Der Antrag der LiLi fand keine Mehrheit. SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich, so dass durch die Gegenstimmen der FDP der Antrag abgelehnt wurde.

Ein um einen Änderungsantrag der FDP ergänzter Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen fand allerdings eine Mehrheit, in dem der Oberbürgermeister und die übrigen Vertreter der LH Wiesbaden im Aufsichtsrat der ESWE Versorgung gebeten werden, umgehend einen Beschluss herbeizuführen, damit das ESWE-Hallenbad über den 31.12.2004 hinaus in Betrieb bleibt.



## Unser Gastkommentar: Herr Lorenz (CDU) und die Bildungsgene

Eine anthropologische Sensation ist zu vermelden: Bernhard Lorenz, Jurist bei der Frankfurter Allianz Versicherungs AG, Fraktionsvorsitzender der CDU im Wiesbadener Stadtparlament und Mitglied im Ausschuss für Schule und Kultur, hat bisher unbekannte menschliche Gene entdeckt. Lorenz ist anscheinend überzeugt, dass jedes Neugeborene mit bestimmten Bildungsgenen auf die Welt kommt. Daraus kann seine Partei das dreigliedrige Schulsystem Deutschlands auf natürliche Weise ableiten.

Lorenz versteht zwar zugegebenermaßen nicht den Sinn einer Integrierten Gesamtschule. Als Demokrat, der er sei, habe er dennoch nichts gegen deren Existenz, sagt er. Nur wenn man Kinder schon widernatürlich gleich mache, dann bitte drittelparitätisch solche mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialgenen.

Dass die Stadt kein Geld hat, liegt daran, dass sie nicht genügend einnimmt. Unter der Regierung der CDU wurde nämlich u.a. die Gewerbesteuer reduziert. Den Armen wird genommen und den Reichen gegeben!

### Für eine weitere integrierte Gesamtschule (IGS) ist kein Neubau notwendig.

Drei Schulen – die Gustav-Stresemann-Schule in Mainz-Kastel, die Gerhart-Hauptmann-Realschule und die Heinrich-von-Kleist-Schule – bekundeten ihre Bereitschaft, sich in eine IGS umzuwandeln; dieser Wille wurde jedoch im Keim erstickt. Auch die von Rose-Lore Scholz (CDU) als Alternative propagierten „Reformschulen“ erwiesen sich als Hinhaltenakt und leere Versprechen.

Der Elternwille schert Herr Lorenz und seine Gefolgschaft nicht, denn, so ein stets wiederholtes Argument der CDU, eine IGS muss zu jeweils einem Drittel aus Schülern bestehen, die eigentlich auf die Hauptschule, die Realschule und

auf das Gymnasium gehören. Die Mehrheit der abgewiesenen 131 Schülerinnen und Schüler sei aber nur hauptschul-tauglich, behauptet Lorenz, obwohl er das gar nicht wissen kann, denn wer sich für eine IGS bewirbt, bekommt von den Grundschulen keine Schulformempfehlung.

In der Lorenzschen Bildungsgenetik und dem dreigliedrigen Schulwesen spiegelt sich unsere Gesellschaft. Da gibt es für jeden einen vorherbestimmten Platz, auf den er gehört. Versicherungsjuristen gehören natürlich nach oben.

*Thomas Eilers, Lehrer und Gewerkschafter;  
aus der Zeitung der Linken Liste vom Sommer 2004*

## Erhalt der „Adrianhalle“ für kulturelle Nutzung

**Im November 2002 stellte die Fraktion Linke Liste den folgenden Antrag im Stadtparlament:**

*Die „Adrianhalle“ (Mainzer Straße 89a) wird bis zur Entscheidung über eine Rahmenplanung Mainzer Straße nicht abgerissen. Es werden umgehend Maßnahmen ergriffen, um den möglicherweise drohenden schleichenden Verfall zu verhindern. Dies schließt die Wiederherstellung der Verkehrsicherheit ein. Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der IG Schlachthof, dem neu gegründeten Verein Kreativfabrik Wiesbaden e.V. und dem KUK möglichst umgehend Vorschläge zur künftigen konkreten Nutzung der „Adrianhalle“ im Rahmen des Kulturpark-Konzeptes zu erarbeiten, aus denen ggfs. auch Pläne für bauliche und/oder gestalterische Maßnahmen abgeleitet werden können.*

**Auf Betreiben der CDU wurde dieser Antrag als durch Aussprache erledigt beiseite gelegt. Dafür wurde ein Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr angenommen, der ebenfalls den Erhalt der „Adrian“-Halle zum Ziel hat, allerdings mit einigen „Schlupflöchern“.**

### Wie erreichen Sie uns?

Geschäftsstelle der Fraktion: Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,  
E-Mail: [lili.fraktion@wiesbaden.de](mailto:lili.fraktion@wiesbaden.de)

Wann sind wir erreichbar?: Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Fraktion Linke Liste Wiesbaden, G. Schmidt – Eigendruck